

Ernst Pfister favorisiert grünen Strom

Energiekonzept vorgestellt

STUTTGART. Der Landwirtschaftsminister Ernst Pfister (FDP) spricht sich für eine längere Laufzeit von Kernkraftwerken aus. Die Gewinne, die die Energieversorger dadurch erzielen, will Pfister allerdings in regenerative Energien investiert sehen.

Von Eva Drews

Bis zum Jahr 2030, so rechnete Landwirtschaftsminister Ernst Pfister Journalisten vor, müssten in Baden-Württemberg rund 7500 Megawatt Kraftwerksleistung ersetzt werden. Das entspräche in etwa dem Zwanzigfachen des Kernkraftwerks Obrigheim, das vor einigen Wochen vom Netz gegangen ist. Neue Kernkraftwerke will der Minister dafür nicht bauen, wohl aber die alten über die im Atomkonsens vereinbarten Fristen hinaus laufen lassen. Er könne sich eine Verlängerung der Laufzeiten um zehn bis 15 Jahre vorstellen, sagte Pfister. „Ich glaube, dass wir im Jahr 2050 soweit sein können, dass wir durch regenerative Energie und das Sparen von Strom auf Atomkraft verzichten können – bis 2025 werden wir das aber noch nicht sein.“ Die Gewinne, die die Energieversorger so aus den längst abgeschriebenen Atommeilern schlagen könnten, will Pfister in die Förderung regenerativer Energien stecken. „Das muss Teil der Vereinbarung sein.“

Bisher stammen rund 55 Prozent des Stroms im Land aus Kernkraft – damit hat Baden-Württemberg nach Bayern (58 Prozent) den zweithöchsten Atomkraftanteil. Regenerative Quellen liefern bisher etwa 8,5 Prozent des Stroms im Land, erklärte Pfister. Er stehe zu der Koalitionsvereinbarung, wonach der Anteil bis 2010 auf etwa 13 Prozent steigen soll. Für sinnvoll hält Pfister dabei die Nutzung von Wasserkraft, Biomasse (Holz), Sonne und Geothermie. Wind hingegen hält Pfister für ein „Sorgenkind“. Das „denkbar größte und umweltfreundlichste Kraftwerk überhaupt“ sei aber das Energiesparen.

Allerdings sind Pfister zufolge fossile Energieträger wie Kohle und Gas auch weiterhin unverzichtbar. Ziel sei es dabei, dass Kraftwerksneubauten im Land realisiert würden. „Ich rolle jedem Investor den roten Teppich aus“, betonte Pfister – dies gelte insbesondere für Stadtwerke.

Nach Auffassung der Opposition steckt Pfisters Programm voller Widersprüche. „Es lässt mehr Fragen offen als es beantwortet“, sagte der SPD-Abgeordnete Thomas Knapp.

Pläne für Fächertausch vorerst gescheitert

HEIDELBERG (joe). Die Pläne für einen größeren Stellen- und Fächertausch zwischen den Universitäten Heidelberg und Mannheim sind fürs Erste gescheitert. Nach dem Senat in Heidelberg hat gestern auch der Universitätsrat der Hochschule den Vorschlag der Rektoren Hans-Wolfgang Arndt (Mannheim) und Peter Hommelhoff (Heidelberg) abgelehnt, zur Profilschärfung beider Unis die Volkswirtschaften nach Mannheim zu verlegen und dafür die technische Informatik nach Heidelberg zu holen. Die Rektoren hatten in aller Stille vereinbart, etwa 100 Mitarbeiter, darunter 26 Professoren, auszutauschen. Mitte Mai hatten sie ihr Projekt vorgestellt. Die Mannheimer Gremien hatten dem Vorhaben dann zugestimmt, in Heidelberg protestierten Studenten und Professoren.

Trotz der Ablehnung des Fächertauschs machte der Universitätsrat klar, dass die Volkswirtschaften in Heidelberg als eigenständiges Fach keine Zukunft haben und nur interdisziplinär als Nebenfach weitergeführt werden sollen. Reine VBL-Studiengänge müssten bis 2010 beendet werden, neue Immatrikulationen dürften nicht mehr vorgenommen werden. Das bisherige Ziel, das Fach auszubauen sei „unter den gegebenen Umständen“ unrealistisch, teilte der Rat mit. Zugleich forderte er das Rektorat auf, mit der Nachbaruniversität weiter zu verhandeln, „dass zumindest die Kerninhalte des zur Schwerpunktbildung angestrebten Fächertausches erhalten bleiben“.

Man wolle sich bemühen, „den Weg der Zusammenarbeit in der Region zu verbreitern“, heißt es in einer Stellungnahme. An der Uni Mannheim reagierte man etwas ratlos auf diese Mitteilung. Man müsse erst einmal klären, was genau die Heidelberger für Vorschläge hätten, meinte ein Sprecher.

IN KÜRZE

Tod im selbst gebauten Auto

Bei einem Unfall in einer selbst gebauten Oldtimernachbildung ohne Sicherheitsgurte ist ein 45-jähriger Mann ums Leben gekommen. Seine 41-jährige Ehefrau zog sich schwere Blessuren zu. Laut Polizei war der Mann gestern Nachmittag bei Tennenbronn (Kreis Rottweil) zu schnell in eine Rechtskurve gefahren. Bei der Vollbremsung blockierten die Räder und der – zugelassene – Wagen prallte mit einem Kleinbus zusammen. Dessen Fahrer wurde leicht verletzt.

14-Jährige ertrinkt im Bodensee

Beim Baden im Bodensee ist gestern in Konstanz ein 14-jähriges Mädchen ertrunken. Laut Polizei war die Schülerin zusammen mit ihrer älteren Schwester in der Nähe des Yachthafens schwimmen gegangen. In rund 30 Meter Entfernung vom Ufer ging die 14-Jährige plötzlich unter. Die Wassertiefe beträgt an der Stelle etwa 2,50 Meter.



Als Werbeträger fürs Land empfohlen: Exministerpräsident Erwin Teufel ...



... gilt ebenso als typischer Baden-Württemberger wie sein Vorgänger Lothar Späth ...



... oder Fußball-Nationaltrainer Jürgen Klinsmann.

Fotos dpa, Zweygarth, Team2

Neue Studie lobt positive Wirkung der Imagekampagne

„Baden-Württemberg ist durch die Werbung sympathischer geworden“ – Agentur nach Fehlern zu Krisengespräch bestellt

STUTTGART. Für die wegen Fehlern in die Kritik geratene Imagekampagne des Landes gibt es unverhoffte Unterstützung: Eine neue Studie aus Reutlingen kommt zu dem Ergebnis, dass Baden-Württemberg durch die Werbung beliebter geworden sei.

Von Andreas Müller

„Wir können alles, außer Hochdeutsch“ – dieser inzwischen sechs Jahre alte Slogan hat derzeit einen negativen Beiklang. Der Grund: In den vergangenen Wochen wurden gleich mehrere Fehler in Zeitungsanzeigen zur Imagekampagne bekannt. Mal war die Relativitätstheorie von Albert Einstein falsch wiedergegeben, worauf ein Physiker Ministerpräsident Günther Oettinger hinwies. Mal wurde der höchste Berg des Landes, der Feldberg, um knapp 400 Meter zu niedrig angegeben: 1100 statt 1492 Meter. Zuletzt hieß es, der Geburtsort von Robert Bosch sei Ulm; dabei stammt der Unternehmer aus Albeck, einem Dorf in der Nähe Ulms.

Die Opposition hatte diese Pannen zum Anlass genommen, um wieder einmal die Einstellung der jährlich fünf Millionen Euro teuren Kampagne zu fordern. SPD und Grüne

argumentieren ohnehin seit langem, das Geld sei für andere Aufgaben sinnvoller eingesetzt. Doch Ministerpräsident Oettinger will von einem Aus für die Landeswerbung nichts wissen: Nächstes Jahr werde sie ganz auf die Fußballweltmeisterschaft zugeschnitten, sagte er vor Journalisten, „deshalb wäre eine Einstellung falsch“. Ob und wie es nach 2006 weitergeht, gilt derzeit als offen.

Auf die Fehler in Anzeigen reagierte allerdings auch die Regierungszentrale ungehalten. „Wir haben das Theater jetzt satt“, sagte ein Sprecher Oettingers. Für diesen Mittwoch wurden die Spitzen der Berliner Agentur Scholz & Friends, die für die Kampagne verantwortlich ist, daher ins Staatsministerium einbestellt. Bei dem Krisengespräch soll Minister Willi Stächele (CDU) dafür sorgen, dass künftig sorgfältiger gearbeitet wird. Die Agentur hatte die kritisierten Punkte teils eingestanden, teils verteidigt.

Unverhoffte Rückendeckung bekommen die Regierung und ihre Werber nun von einer neuen Studie. Unter Leitung von Professor Marco Schmah haben Studierende der European School of Business in Reutlingen darin die Wahrnehmung und Wirkung der Imagekampagne untersucht. Dazu befragten sie 400 repräsentativ ausgewählte Personen, je zur Hälfte in Baden-Württemberg und im

übrigen Bundesgebiet. Ihre Ergebnisse bestätigen im Wesentlichen die positiv ausgefallenen Effizienzanalysen, die in den Jahren 2000 und 2002 von der Landesregierung bei einem Pforzheimer Marktforschungsinstitut in Auftrag gegeben worden waren.

Das Fazit von Schmah und seinen Mitarbeitern: Obwohl der „Wir-können-alles“-Slogan inzwischen sechs Jahre alt sei, trage die Kampagne „weiterhin zu einer positiven Wahrnehmung des Landes bei“. Die Werbung genieße „hohe Sympathiewerte“ und ergänze die klassischen Stärken Baden-Württemberg – wie Wirtschaftskraft und Einfallsreichtum der Bewohner – um eine „emotionale Komponente“. Insgesamt habe sie die Wertschätzung der Bundesbürger für den Südwesten erhöht. 38 Prozent der Befragten gaben an, dass ihnen das Land dadurch sympathischer geworden sei, nur neun Prozent meinten: „überhaupt nicht“. Auch die Einschätzung, ob Baden-Württemberg durch die Kampagne selbstbewusster oder arroganter wirke, fiel eindeutig aus: Knapp 49 Prozent urteilten: selbstbewusster oder eher selbstbewusster, nur 4,5 Prozent: arrogant.

Der Slogan der Kampagne ist der Untersuchung zufolge enorm bekannt: Drei Viertel der Befragten hätten angegeben, ihn schon einmal gehört zu haben. Angesichts der seit

2002 zurückgehenden Werbeaktivitäten sei dies „äußerst überraschend“, finden die Autoren. Ein Grund dafür sei sicher, dass die Baden-Württemberger den Leitspruch inzwischen als „kostenlose Werbeträger“ weiterverbreiteten: Er entwickle sich damit „zum Selbstläufer“.

Das Verhältnis der Baden-Württemberger zu der Kampagne ist nach der Untersuchung gleichwohl etwas zwiespältig. Jeder zweite finde zwar, dass sie gut oder sehr gut zum Land passe. Nur zehn Prozent gaben jedoch an, sie könnten sich „sehr“ mit der Werbung identifizieren, während 25 Prozent dazu „überhaupt nicht“ in der Lage sind. Besonders kritisch bis ablehnend sei das Urteil von Arbeitslosen.

Nach Ansicht von Schmah und seinen Mitarbeitern sollte das Land die Mittel für die Kampagne „auf konstantem Niveau halten“. Sie empfehlen allerdings, diese stärker zu fokussieren: So sollten Landschaft und Natur, das traditionelle Essen und die Wirtschaftskraft noch mehr herausgestellt werden. Zudem solle man bei den nächsten Spots auf drei Prominente setzen, die von den meisten Befragten mit Baden-Württemberg verbunden würden: die Altkanzlerpräsidenten Lothar Späth und Erwin Teufel sowie den Fußball-Nationaltrainer Jürgen Klinsmann.

„Richtig schön ins Kulturelle stürzen“

Karlsruher SPD-Regierungspräsidentin Hämmerle im Ruhestand – Motto: Verwalten und gestalten

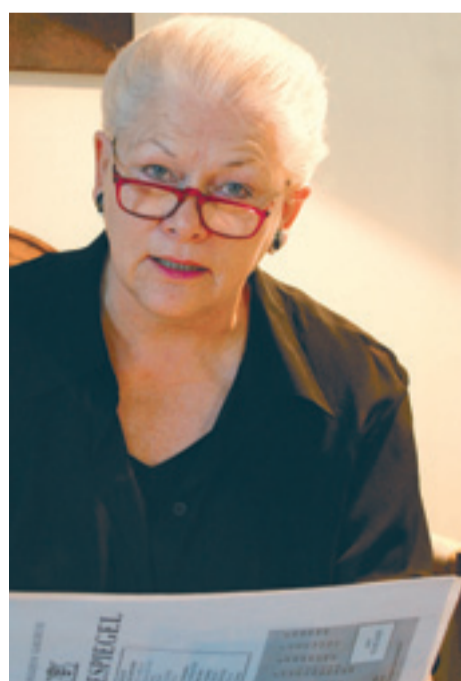
Nach elf Jahren verlässt Gerlinde Hämmerle Ende Juni den Chefessel des Karlsruher Regierungspräsidentiums. Die erste SPD-Regierungspräsidentin im Land hat sich Respekt verschafft.

Von Meinrad Heck

Der Kanzler hatte es als Erster gewusst. Im Sommer 1994 ließ Helmut Kohl die seinerzeitige SPD-Bundestagsabgeordnete Gerlinde Hämmerle in einer Plenardebatte in Bonn zu sich bitten. Er habe vernommen, ließ Kohl die damals 54-jährige Parlamentarierin wissen, sie sei als Regierungspräsidentin in Karlsruhe im Gespräch. Das war ihr neu. Wenig später klingelte tatsächlich ihr Telefon, und die Parteifreunde aus Stuttgart bestätigten das. Seit 1992 regierten CDU und SPD gemeinsam, und der in Karlsruhe frei werdende Chefessel sollte an eine Genossin fallen.

Damit hatte Gerlinde Hämmerle als Nachfolgerin eine Art Herkulesaufgabe vor sich. Die große Koalition war seinerzeit auf Landesebene nicht gerade eine Liebesheirat gewesen, und innerhalb gefestigter Machtstrukturen hatte die Genossin Hämmerle schlicht das falsche Parteibuch. Dieses Vorurteil war eher schnell überwunden. Dass sie als Frau in Amt und Würden gekommen war, galt in der traditionellen Männerhierarchie als zweites Handicap. Darüber mag hinter ihrem Rücken getuschelt worden sein. „Ich wollte das nicht hören und nichts davon wissen“, sagt sie.

Schwieriger war der Umstand, dass Hämmerle als eine der ersten Führungspersönlichkeiten im Regierungspräsidentium keine Juristin war. Sie hatte vor ihrer Abgeordnetenlaufbahn 25 Jahre Schuldienst hinter sich. Da hatte sie gelernt, „klare Sätze zu formulieren“ und „dieses Fachgebabbel“ eher links liegen zu lassen. Schon der Vater hatte ihr nahe gelegt: „Studier nicht Jura, das hindert dich am spontanen Handeln.“ Also war sie



Gerlinde Hämmerle hört auf.

Foto Heck

Pädagogin geworden und wurde als erste Nichtjuristin im Präsidium misstrauisch beäugt. Ein leitender Beamter schenkte ihr zum Einstand ein Grundgesetz. Hämmerle verstand den Wink mit dem Zaunpfahl sehr wohl und erklärte dem Mann: „Herr Kollege, ich hatte dieses Buch tatsächlich schon ein paarmal in der Hand.“ Seitdem war Ruhe.

Fortan warteten 680 Mitarbeiter ihrer Behörde, was die Neue wohl alles umkrempeln würde. Nichts hat sie umgekrempelt. Sie hat schnell erkannt, dass sie „exzellente Mitarbeiter“ hatte. „Ich war nie der Meinung, dass ich alles beherrschen muss“, sagt sie. Als Regierungspräsidentin sei sie in die große

Linie der Politik eingebunden gewesen. Verwalten war ihre Aufgabe, aber gestalten wollte sie auch, zumindest Schwerpunkte setzen: etwa die heiß diskutierte Frage von Ortsumgehungen. Wenn sich Blechlawinen durch malerische Dörfer quälten, die mit Geld aus Dorfsanierungsprogrammen hochgepöppelt worden waren, schien ihr das „kontraproduktiv“. Also sorgte sie dafür, dass Geld für Ortsumgehungen lockergemacht wurde. Heute kann sie schon gar nicht mehr zählen, „wie viel Bänke ich bei all den Straßeneinweihungen durchgeschnitten habe“. Zwei Jahre nach ihrem Amtsantritt, 1996, rechnete sie schon wieder mit ihrer Ablösung. Die große Koalition war Geschichte, die SPD in ein tiefes Tal gefallen, und Ministerpräsident Erwin Teufel hatte sie rufen lassen, aber nicht, um sie zu entlassen, sondern um ihr zu sagen, es gebe außer ihrem Parteibuch „nix, was ich gegen Sie ins Feld führen könnte“. Das hat sie als Bestätigung ihrer Arbeit empfunden.

Auch Fehler hat es in ihrer Amtszeit gegeben, vor Jahren etwa die Abschiebung einer jungen Kurdin aus Heidelberg. Hämmerle hatte von dem Drama erfahren, als es schon zu spät war. Das Mädchen war aus der Schule geholt und ins Flugzeug gesetzt worden. „Das geht mir heute noch nach“, sagt Hämmerle. Damals hatte sie angeordnet, dass „nie mehr minderjährige Mädchen in ein islamisches Land abgeschoben werden, ohne dass ich vorher davon erfahre“.

„Es beginnt der Nachmittag“, sagt Gerlinde Hämmerle über ihren nahenden Ruhestand. Sie wird erst einmal mit ihrer Seniorenkarte sämtliche Linien des öffentlichen Nahverkehrs bis tief hinein in den Schwarzwald abfahren. Das Badische Landesmuseum will sie als Museumsführerin engagieren, und der Schuldienst reizt sie immer noch. Die 65-Jährige will „Lesepatin“ werden, sich mit Kindern in Bücher vertiefen und sich „richtig schön ins Kulturelle stürzen“.

Ex-SPD-Chef Maurer wechselt zu WASG

STUTTGART (dpa). Nach Oskar Lafontaine will auch der frühere baden-württembergische SPD-Chef Ulrich Maurer die Partei verlassen und sich der linken Wahlalternative WASG anschließen. Der Stuttgarter Landtagsabgeordnete wolle sein Mandat behalten, heißt es in einem Bericht von „Spiegel-Online“. Die aus Gewerkschaftern und SPD-Abwechslern entstandene Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit hätte dann ihren ersten Abgeordneten in einem Landtag.

Laut dem Bericht begründet Maurer in einem dreiseitigen Brief an den SPD-Landesverband seinen Austritt. Darin schreibt er, dass ihm dieser Schritt nach 35 Jahren, in denen er „mit der SPD gelebt und gekämpft und immer wieder viele Hoffnungen damit verbunden habe“, schwer falle. Es sei der Parteiführung gelungen, „diese Hoffnungen vollständig zu zerstören“. „Ausdruck und Motor“ des „Deformationsprozesses“ sei Bundeskanzler Gerhard Schröder, der in der Partei einen „Putsch von oben“ inszeniert habe, indem er sich für die Neuwahl entschieden habe. Die WASG konstituiert am Samstag ihren Landesverband in Stuttgart. Eine Woche später soll die Landesliste zur Bundestagswahl aufgestellt werden. Der frühere SPD-Vorsitzende Lafontaine war vor kurzem aus der SPD ausgetreten und ist jetzt Spitzenkandidat der WASG in Nordrhein-Westfalen.

PERSÖNLICHES

Werner Bundschuh (53, CDU) ist in seinem Amt als Bürgermeister von Schliengen (Kreis Lörrach) bestätigt worden. Er erhielt 90,5 Prozent der abgegebenen Stimmen – bei einer Wahlbeteiligung von 41,6 Prozent.

Stefan Martus (36, parteilos) heißt der neue Bürgermeister von Philippsburg (Kreis Karlsruhe). Für ihn stimmten 50 Prozent der Wähler. Die Wahlbeteiligung lag bei 57,3 Prozent.